
Wiebke Knell

KNELL: LANDESREGIERUNG BEIM WOLF KONZEPTIONSLOS

12.06.2019

WIESBADEN – „Der Umgang der Landesregierung mit dem Thema Wolf ist vollkommen unzureichend. Die Rückkehr des Wolfes alleine auf dem Rücken der Tierhalter auszutragen und ohne ein Konzept, das auch die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt, ist einseitig. Wer den Wolf wieder als Wildtier ansiedeln will, der braucht ein Management, das diesen Namen verdient. Allein mit der naiven Vorstellung, dass sich alles schon von selbst regelt, kommen wir nicht weiter“, so die landwirtschafts- und jagdpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Wiebke KNELL.

KNELL weiter: „Wir können nicht alle Weiden zu Hochsicherheitstrakten ausbauen. Die vorgeschlagene Prämie des Umweltministeriums reicht bei weitem nicht aus, um einen wolfssicheren Zaun zu bauen. 31 Euro sind ein Tropfen auf den heißen Stein. Außerdem sind neben Herden auch Pferde von der Rückkehr des Wolfs bedroht: Pferdehalter sind gezwungen, ihre Tiere vor dem Raubtier zu schützen. Gleiches gilt für Jagdhunde bei der Jagdausübung. Für all diese Fragen hat die Landesregierung keine Antworten, sondern hängt einer romantischen Vorstellung an, während die Realität für viele Betroffene bedrohlich ist. Diese aber finden bei der grün gesteuerten Wolfspolitik der Landesregierung kein Gehör.“

Knell abschließend: „Für uns Freie Demokraten ist klar: Der Wolf muss wie alle anderen Wildtiere ins Jagdrecht aufgenommen werden, damit gerade Problemwölfe, die Herden von Weidetiere angreifen, leichter entnommen werden können. Nur durch das Jagdrecht wird auch Rechtssicherheit für Jäger im Gefahrenfall, beispielsweise beim Einsatz ihrer Jagdhunde, gewährleistet. Die Landesregierung darf hier die Augen nicht länger verschließen.“